



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Haushaltskontrollausschuss

2013/2017(BUD)

18.6.2013

STELLUNGNAHME

des Haushaltskontrollausschusses

für den Haushaltsausschuss

zum Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2014
(2013/2017(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Jens Geier

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltskontrollausschuss ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass in einer Situation, in der die Mittel aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise begrenzt sind, die Mittel der Union möglichst effizient verwendet werden sollten, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern und gleichzeitig Reformen zu verwirklichen, die Finanzdisziplin zu wahren und politische und wirtschaftliche Stabilität sicherzustellen;
 - B. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten enorme Verantwortung für die wirksame Verwendung der Unionsmittel im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung tragen, bezüglich derer ihre Bilanz dürftig ist, und dass ohne eine bessere und wirksamere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten die Fehlerquote hoch bleiben wird;
 - C. in der Erwägung, dass die wichtigste Herausforderung für Europa die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen ist, insbesondere in KMU und für junge Menschen;
 - D. in der Erwägung, dass die Erhebung der Mehrwertsteuer und der Zölle sowohl die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten als auch den Unionshaushalt direkt betrifft und in den Verwaltungserklärungen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte;
1. stellt fest, dass 2011 die noch abzuwickelnden Mittelbindungen, zu denen noch keine Zahlungen und/oder Mittelfreisetzungen vorgenommen wurden, hauptsächlich in Politikbereichen, die aus getrennten Mitteln finanziert werden, um 13 Mrd. Euro (6,7 %) auf 207 Mrd. Euro angestiegen sind, was unter Zugrundelegung der Abwicklungsrate 2011 Mittelbindungen zu Lasten getrennter Mittel von 2,3 Jahren oder Zahlungen zu Lasten getrennter Mittel von 2,7 Jahren entspricht¹ ;
 2. nimmt zur Kenntnis, dass der große Umfang der kumulierten noch abzuwickelnden Mittelbindungen für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 weitgehend darauf zurückzuführen ist, dass Zwischenzahlungen erst vorgenommen werden konnten, nachdem die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten wie in den einschlägigen Strukturfondsverordnungen vorgeschrieben von der Kommission genehmigt worden waren; ist jedoch der Ansicht, dass dies auch darauf hindeutet, dass die Mitgliedstaaten infolge der Wirtschaftskrise Schwierigkeiten haben, die bereitgestellten Mittel zu verwenden;
 3. fordert mit Nachdruck, dass sichergestellt wird, dass in den nächsten Jahren ausreichende Zahlungsermächtigungen bereitgestellt werden, um die zunehmende Kluft zwischen noch abzuwickelnden Mittelbindungen und Zahlungsermächtigungen zu überwinden;
 4. hält die Schlussfolgerung des Rechnungshofes für besorgniserregend, dass weiterhin

¹ Jahresbericht des Rechnungshofes über die Ausführung des Haushaltsplans zum Haushaltsjahr 2011 zusammen mit den Antworten der Organe (ABl. C 344 vom 12.11.2012, S. 1), Ziffern 1.36 bis 1.38.

Unzulänglichkeiten bei der zollamtlichen Überwachung auf nationaler Ebene verzeichnet werden, weshalb nicht zugesichert werden kann, dass die erfassten traditionellen Eigenmittel vollständig und korrekt sind; erachtet es als inakzeptabel, dass die Kontrolle der Zollverfahren in den Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß funktioniert; verweist auf die Unterschiede bezüglich der Verwaltungsleistungen der Mitgliedstaaten, die weiterhin in Bezug auf die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten, Betrugsfällen, Fehlern und finanzielle Folgemaßnahmen im Zollwesen verzeichnet werden; weist darauf hin, dass die korrekte Abwicklung der Zollverfahren direkte Konsequenzen in Bezug auf die Berechnung der Mehrwertsteuer hat;

5. betont, dass eine Hinterziehung der Mehrwertsteuer nicht nur den Unionshaushalt betrifft, sondern auch die finanziellen Interessen der Mitgliedstaaten und inzwischen zu niedrigeren Eigenmitteln auf der Grundlage der Mehrwertsteuer führt;
6. hält die Feststellung des Rechnungshofs für besorgniserregend, dass über 60 % der Fehler bei den Strukturfondsausgaben 2011 durch die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten hätten aufgedeckt werden sollen; fordert die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, ihre Verwaltungs- und Kontrollsysteme zu verstärken; fordert die Kommission auf, einen Überblick über die erheblichen Unterschiede bezüglich der Verwaltungsleistungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zu vermitteln, und drängt die Kommission, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwaltungsleistungen der Mitgliedstaaten zu verbessern; fordert die Mitgliedstaaten auf, auf der adäquaten politischen Ebene unterzeichnete nationale Verwaltungserklärungen zu veröffentlichen, die alle Ausgaben im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung abdecken;
7. bedauert, dass einige Mitgliedstaaten in dieser Wirtschaftskrise Ausgabenkürzungen im Unionshaushalt und im Mehrjährigen Finanzrahmen fordern, somit das Wachstum innerhalb der Union behindern und gleichzeitig Steuerhinterziehung ermöglichen; ist besorgt, dass die Mitgliedstaaten, darunter viele „Freunde einer besseren Ausgabenpolitik“, weder eine ausreichende Verantwortung für die Ausführung der Unionsmittel übernehmen noch zustimmen, die Ausführung des Haushaltsplans der Union und den Schutz der finanziellen Interessen der Union im Peer-Review-Verfahren im Rat zu erörtern;
8. fordert, dass eine wirksamere Wiedereinzahlung von Unionsmitteln, die in den Mitgliedstaaten nicht widmungsgemäß verwendet wurden, sichergestellt wird und dass diese Mittel im Haushaltsplan der Union verwendet werden;
9. hält die Tatsache für besorgniserregend, dass durch Zigarettenschmuggel und -fälschungen jährliche Verluste von 1 Mrd. Euro für den Unionshaushalt und weiteren 9 Mrd. Euro für die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten entstehen; hebt hervor, dass mit Hilfe des Programms Hercule II beachtliche Ergebnisse erzielt werden konnten, was die Feststellung von Fällen von Zigarettenschmuggel betrifft, und fordert dazu auf, die Fortsetzung des Programms Hercule III sowie eine angemessene Mittelausstattung für dieses Programm sicherzustellen;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	18.6.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 16 - : 1 0 : 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marta Andreasen, Jean-Pierre Audy, Zigmantas Balčytis, Zuzana Brzobohatá, Martin Ehrenhauser, Ingeborg Gräble, Jan Mulder, Paul Rübig, Petri Sarvamaa, Theodoros Skylakakis, Bart Staes, Michael Theurer
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Cornelis de Jong, Esther de Lange, Edit Herczog, Karin Kadenbach, Ivailo Kalfin, Markus Pieper
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Vasilica Viorica Dăncilă, Verónica Lope Fontagné, Janusz Władysław Zemke